

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großhitzsch behördlich bestimmte Blatt

**Besognispreis** mit Austr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

**Inseratenpreis:** Die 10gepalt. Kolonelle 35 Bg., bei Blattvorsicht 40 Bg., Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Bg., Familiennachrichten von Privatem die 10gep. Kolonelle mit 60% Nachl. Reklamezeile 2 Mk., Inserate v. ausw.: die 10gep. Kolonelle 40 Bg., bei Blattvorsicht 50 Bg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbeiträge nehmen die Auszüge, unsere Zweigstellen und alle Volkshäuser entgegen

## Das unruhige Asien

### Die Spannung in Arabien

SPD Bagdad, 13. Februar.

Der neue Oberkommissar des Irak, Sir Gilbert Clayton, wird bei Antritt seines Postens vor einer Reihe schwerer Aufgaben stehen. Er hat erstens die Beziehungen Englands zu Ibn Saud zu regeln und wird zweitens einen Ausweg finden müssen, um die Differenzen zwischen Großbritannien und seinem mesopotamischen Schutzbündnis zu beseitigen. Die öffentliche Meinung Mesopotamiens drängt auf die Erweiterung der Selbständigkeit des Irak und fordert Erfüllung der von England eingegangenen Verträge. Die stärkste Meinungsverschiedenheit besteht über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, durch die das Irak die Verteidigung des Landes selbst in die Hand nehmen und die englische Verteidigung überflüssig machen will. Vertragsmäßig ist die mesopotamische Regierung dazu berechtigt, während Englands Bemühungen darauf hinausgehen, die Frage dadurch zu erledigen, daß britische Truppen gegen Vergütung der Unterhaltungskosten weiter im Lande stationiert bleiben.

Die Stellung König Faisals ist durch diese Konflikte sehr schwierig geworden. Einerseits ist er genötigt, die guten Beziehungen zu England aufrechtzuerhalten, während ihm andererseits an der Festigung seiner Stellung bei seinen Untertanen gelegen ist. Die Nationalisten, die stark an Anhang gewonnen haben, und die ein selbständiges irakisches Reich mit engem Anschluß an die indischen Mohammedaner wünschen, werfen ihm vor, daß er als sandrabender Fürst nur persönliche Politik mache und die nationalen Wünsche des Landes erst in zweiter Linie berücksichtige.

Die Veruche des Königs, zwischen beiden Tendenzen lazierendes Kabinett unter der Präsidentschaft des früheren Ministerpräsidenten Jassar Pascha zu bilden, sind gescheitert, da Jassar Pascha nicht das Vertrauen der Opposition genießt, die in ihm einen Agenten Englands sieht. An Neuwahlen ist bei der jetzigen Stimmung des Landes nicht zu denken, da die Regierung mit Recht einen großen Erfolg der Opposition fürchtet. Die Lage ist unter diesen Umständen völlig ungeklärt und die Behebung der für England nicht sehr erfreulichen Schwierigkeiten wird in erster Linie von der diplomatischen Kunst Sir Gilbert Clantons und von den Maßnahmen abhängen, die England zur Beseitigung der augenblicklich sehr unangünstigen wirtschaftlichen Lage des Landes zu unternehmen gedenkt.

### Ibn Saud belagert Kuwait

M Berlin, 14. Februar.

Wie die Vossische Zeitung aus Jerusalem meldet, sind die Truppen der Wahabiten in das mit England verbündete Emirats von Kuwait einmarschiert und lagern fünf Kilometer vor der gleichnamigen Haupt- und Hafenstadt, die von drei englischen Kreuzern verteidigt wird. Die Engländer organisieren die Eingeborenen von Kuwait zu einem Gegenangriff. Die Luftflotte im Irak wurde durch ägyptische Einheiten verstärkt.

### Der Kampf in Afghanistan

SPD Berlin, 14. Februar.

Aus Moskau wird gemeldet, daß die Truppen Amanullahs die Stadt Kabul umzingelt haben und bei den Kämpfen der stellvertretende Oberbefehlshaber der Truppen Habibullahs von „Regierungstruppen“ gefangen genommen und auf Befehl Amanullahs erschossen worden sei.

(Wrescheo.) Afghanistan zerfällt gegenwärtig (Mitte Februar 1929) in das Reich von drei Herrschern, die alle Anspruch auf den Thron des Landes erheben. Diese sind:

### Hungersnot in China

M London, 14. Februar.

In der chinesischen Provinz Schansi herrscht Hungersnot. Die Verhältnisse sind schlimmer, als während der Hungersnot im Jahre 1920. Tausende sterben an Mangel und anstehenden Krankheiten. Recht und Ordnung besteht nur noch entlang der Eisenbahn, während weiter im Innern des Landes Räuber Herden der Lage sind und die Schrecken der Hungersnot durch ihre Tätigkeit noch vervielfachen.

### Bombensfunde in Mexiko

SPD Mexiko, 14. Februar.

Der Präsident der Republik Vorties Gil, und sein Vorgänger Calles haben am Dienstag und Mittwoch zahlreiche Drohbriefe erhalten. Die Regierung hat daraufhin Hauptquartiere in den Wohnungen führender Mitglieder der nationalrevolutionären Partei vornehmen lassen, wobei zahlreiche Bomben gefunden wurden. Die Familie des Oregon-Mörders Toral ist inzwischen ebenfalls verhaftet worden. Sie soll demnächst in das Innere des Landes verbannt werden.

1. Habibullah (alias Batschei-Sakto), mit dem sich in Kabul, das er Mitte Januar erobert hatte. Seine Anhänger werden sich in der Hauptsache aus den Stämmen von Kuchistan, der Landschaft zwischen Kabul und dem Hinduksch-Gebirge.

2. Ali-Achmed-Jan, mit dem sich in Dschalalabad, Führer der Stämme Schinwari und Mohmand, deren Aufstände gegen den König Amanullah im Dezember vorigen Jahres den afghanischen Bürgerkrieg entzündet hatten.

3. Amanullah, der aus Kabul verdrängte bisherige König von Afghanistan, der seinen Sitz in Kandahar aufgeschlagen hat. Hinter ihm stehen die meisten und bevölkerlichsten Provinzen Afghanistans (Meimane, Masari-Scherif, Badachshan, Kataghan im Norden, Farsa, Kandahar im Süden, Herat und Farah im Westen, Chost und Ghosni im Osten).

Der gegenwärtige Stand des Bürgerkrieges kennzeichnet sich durch den konzentrischen Vormarsch der Truppen Amanullahs und



Achmed-Jans gegen Kabul. Die Hauptkräfte der Schinwari sind nur noch 10 Kilometer östlich von Kabul, während eine andere Kolonne von ihnen die afghanische Hauptstadt nördlich zu umgehen versucht. Die Truppen Amanullahs drängen entlang der Straße Ghosni-Kabul vom Südwesten her vorwärts, die nordafghanischen Stämme haben die Pässe des Hinduksch-Gebirges besetzt und bedrohen die Kuchistaner im Rücken. — Das Verhältnis zwischen Amanullah und Ali-Achmed-Jan ist noch nicht klargestellt. Trotz der Uebermacht der Angreifer auf Kabul entwickeln sich die Kriegeoperationen in dem verschneiten, weglassen Gebirgslande äußerst langsam.

### Dschalalabad zerstört

M London, 14. Februar.

Nach den in Neu-Delhi eingegangenen Nachrichten ist die Stadt Dschalalabad vollständig zerstört worden. Die an der afghanisch-indischen Grenze einströmenden Reisenden berichten, daß wahrscheinlich Banden aus den Bergen die Stadt zunächst geplündert und das Fort in Brand gesteckt hätten. Von dort habe das Feuer eine unterirdische Pulvermagazin erreicht und eine schwere Explosion verursacht. Ali Achmed Khan, ein Anwärter auf den afghanischen Thron, hat nach den Berichten aus gleicher Quelle durch Kuchiani- und Schinwari-Stämme bei Dschalalabad eine schwere Niederlage erlitten. Seine Ausflucht auf Erfolg gelten als endgültig geschwunden.

### Freie Bahn für die schwarze Reaktion?

Washington, 13. Februar.

Präsident Vorties Gil hat nach den letzten Meldungen aus Mexiko eine öffentliche Erklärung erlassen, in der er den katholischen Fanatikern die Schuld an dem Dynamitattentat auf seinen Zug gibt. Gleichzeitig weist der Präsident aber darauf hin, daß die Ausnahmeverordnungen gegen die Kirche schrittweise abgebaut würden, so daß jetzt nur noch gottesdienstliche Handlungen untersanden seien. Es sei wohl bekannt, daß diese Unterbindung nicht von den Zivilbehörden angeordnet worden sei. Diese Bemerkung kann als Andeutung dahin aufgefaßt werden, das Vorties Gil Verhandlungen zur Beilegung des Kirchenkonflikts begrüßen würde.

### Schüsse auf den Präsidenten

SPD Berlin, 14. Februar.

Auf den Präsidenten von Venezuela soll nach einer aus New-York stammenden Meldung ein Anschlag verübt worden sein, der jedoch mißglückte. Der Anschlag wurde angeblich von sechs Männern verübt, die eine Zeitlang dem Auto des Präsidenten folgten und dann mehrere Schüsse auf ihn abgaben. Die Begleiter des Präsidenten sollen das Feuer erwidert und alle sechs Angreifer getötet haben.

## Schwarzkittel und Schwarzhemd

Der Pakt von Rom

Rom hat am Faschingstag seine besonderen Feierlichkeiten gehabt. Mit der siebenten Wiederkehr des Krönungstages des Papstes der katholischen Kirche wurde zugleich der Abschluss des päpstlich-italienischen Vertrages feierlich begangen. Die großzügige Regie Mussolinis hatte dafür gesorgt, daß in Rom und in anderen Städten nicht nur gefeiert wurde, sondern daß auch zahlreiche Kundgebungen zu „Ehren“ des Papstes und Mussolinis stattfanden. Damit die begeisterten Demonstrationen der Bevölkerung durch keine Zwischenfälle gestört werden, war die faschistische Miliz aufmarschiert, deren Aufgabe es außerdem war, für die unentbehrlichen Jubelrufe zu sorgen.

Der Vertrag, den eben der Papst mit Mussolini abgeschlossen hat, geht nicht nur den Vatikan und Rom an. Die katholische Kirche ist eine internationale Macht, die in zahlreichen Ländern in denen die Arbeiterbewegung besonders stark geworden ist, ihre politischen Parteien unterhält. Das Zentrum in Deutschland, die Christlichsozialen in Oesterreich sind Werkzeuge der katholischen Kirche, des Papstes. Es ist klar, daß der Pakt zwischen dem Papst und Mussolini nicht ohne Einfluß auf die katholische Kirche in allen Ländern und auch nicht ohne Einfluß auf die Politik der katholischen Parteien bleiben wird. Der wesentliche Inhalt des Vertrages ist am Dienstag hier wiedergegeben worden. Die katholische Kirche feiert als eine Wiederherstellung eines an ihr begangenen Unrechts, daß jetzt die weltliche Herrschaft des Papstes wieder anerkannt wird. Mit dem Einmarsch italienischer Truppen in den damaligen Kirchenstaat wurde im 1871 gestürzt und der Kirchenstaat selbst aufgehoben. Jetzt wird ein neuer Kirchenstaat gegründet, dessen Umfang allerdings sehr klein ist und der wohl nur einige tausend Einwohner zählen dürfte. Aber der Papst wird sich damit um so mehr abfinden, als er damit der Notwendigkeit entgehen ist, einen großen Apparat zur Beherrschung dieses Staates aufzubauen. Warum sollte er sich auch damit nicht abfinden, wenn ihm der Staat, mit dessen Regierung er den Pakt einget, seine weltliche Herrschaft nicht nur in dem Kirchenstaat garantiert, sondern die Macht des Papstes auch im italienischen Staat neu begründet und mit seinen Machtmitteln schützt? Das italienische Volk wird es zweifellos zu spüren bekommen, daß zwei Milliarden Lire aus der Staatskasse dem großen Magen der Kirche zugeführt werden. Der Papst wird nun zu den „Peterspfennigen“, auf die er nach dem Berliner Zentrumsbüro „Germania“ bisher angewiesen war, einen recht seltenen Zuschuß haben. Die katholischen Arbeiter, die in allen Ländern die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftskrisis sind, werden beruhigt sein von der Maßnahme, die damit von dem Papst jede soziale Not abwendet! Doch diese einmalige Abfindung ist für den Papst nicht das Wichtigste. Ein gewaltiger Machtzuwachs wird ihm aus den andern Bestimmungen des Vertrags erwachsen. In dem Konkordat, das einen Bestandteil des Vertrags bildet, wird die katholische Religion als die italienische Staatsreligion offiziell anerkannt und zugesichert, daß die italienische Regierung nichts dulden werde, „was mit dem heiligen Charakter Roms“ in Widerspruch steht. Die rein kirchliche Ehe findet Anerkennung, ebenso erfolgt die offizielle Anerkennung der kirchlichen Orden.

So steht der Vertrag tatsächlich eine Art Machtteilung zwischen der katholischen Kirche und dem Faschismus vor. An die Wandlungen, die mit dem Faschismus im Laufe der Jahre vor sich gegangen sind, ganz würdigen zu können, muß man sich daran erinnern, daß in dem ursprünglichen Programm der Faschisten vorgesehen war, die Beschlagnahme aller Güter der religiösen Orden und die Abschaffung aller bischöflichen Pfünden, die ein ungeheures Vermögen für die Nation darstellen und das Privileg weniger sind“. Das forderte Mussolini in den Jahren 1919 bis 1922. Und heute gibt er der Kirche zwei Milliarden Lire! In den ersten Jahren seiner Herrschaft hat er den Kampf mit voller Schärfe auch gegen die katholische Volkspartei in Italien geführt, hat den kirchlichen Einfluß aus der Jugendziehung und auch sonst im öffentlichen Leben ganz auszuklaffen versucht. Aber das hat sich bald geändert. Mussolini erkannte, welche außerordentlich starke Macht die katholische Kirche für ihn entfalten kann. Seit etwa fünf Jahren schon ist das Bestreben Mussolinis ganz unverkennbar, zu einem guten Einvernehmen mit dem Papste zu kommen. Er selbst lehrte reumütig in den Schoß der Kirche zurück, ließ seiner Ehe den „kirchlichen Segen“ geben, ließ seine Kinder taufen und betete vor versammelten Faschisten zur „Mutter Gottes“. Der Schauspieler versteht seine Kunst! Natürlich fand der Vatikan an diese in Mussolini seinen Gefallen. Mochten die faschistischen Herden auf seinen Befehl plündern, brennen, misshandeln und morden, mochten Mussolinis Hände noch so tief im Blute rühren, der kirchliche Papst näherte sich ihm. Vor zwei Jahren wurden Verhandlungen geführt, deren Ziel schon damals die Wiederherstellung der vollen Souveränität des Papstes war. Aber der Papst schien damals von dem dauernden Bestand des faschistischen Systems noch nicht fest überzeugt zu sein. Als dann die Frage aufgeworfen wurde, was denn aus dem abgelaufenen Vertrag werden solle, wenn ein Regierungswechsel in Italien eintritt, der Faschismus also gestürzt werde, wurden die öffentlichen Verhandlungen abgebrochen.

Daß sie im geheimen weitergeführt worden sind, das lehrt